



Darfur – Ein Krieg um Macht, Ressourcen und Identität

Hintergründe und Perspektiven.

Autor innen:

Janina Eckhoff

Philipp Kumria

Corinna Sinkowicz

Saskia Thorbecke

Einleitung

Die Region Darfur im Westen des Sudans ist seit 2004 nicht mehr aus den Schlagzeilen der internationalen Presse wegzudenken. Vertreter internationaler Organisationen sprechen inzwischen von der größten Opferzahlen seit dem Völkermord in Ruanda 1994. Schätzungsweise bis zu 300.000 Menschen sind in diesem Bürgerkrieg seit 2003 ums Leben gekommen, über zwei Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Überfälle auf Dörfer, Vergewaltigungen, wahlloses Erschießen von Alten und Kindern sowie das „Prinzip der verbrannten Erde“ haben diesen Konflikt auf ein Gewaltniveau gehoben, das kaum vorstellbar ist.

Anfangs wurde das Ausmaß der Katastrophe in Darfur von der Weltöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Dann verbreiteten die westlichen Medien relativ unreflektiert die Nachricht, dass in Darfur der erste Völkermord des 21. Jahrhunderts stattfände: Ein arabisch-islamistisches Regime würde ihm nahestehende arabische Stämme bewaffnen, um die schwarzafrikanische Bevölkerung Darfurs zu ermorden.

Doch der Konflikt ist deutlich komplizierter als es die Welt wahrhaben will. In Darfur findet nicht lediglich ein Kampf zwischen „Arabern“ und „Afrikanern“ statt. Um die Hintergründe des Konfliktes in und um Darfur zu verstehen, ist ein genauer Blick in die Geschichte der Region erfor-

derlich. Dies Ziel wird mit dem ersten Teil dieses Dossiers verfolgt. Dabei wird ersichtlich, dass die Ursachen der Gewalteskalation vielschichtiger Natur sind. Rassistisch-kulturelle Faktoren spielen zwar eine bedeutsame Rolle, doch regionale, nationale und internationale Ursachen sind ebenso zu berücksichtigen. All diese Aspekte werden im zweiten und zu Beginn des dritten Teils dieses Dossier in der Konfliktanalyse dargestellt.

Aufgrund des vorherrschenden Ausmaßes an extremer Gewalt muss man sich bewusst machen, dass es in der gegenwärtigen Situation kaum möglich ist, die Gewalt in Darfur und damit das andauernde Leiden der Zivilbevölkerung kurzfristig zu stoppen. Das Anliegen dieses Dossier liegt vielmehr darin, dass Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Komplexität des Konfliktes in Darfur zu stärken. Dieses Bewusstsein ist eine notwendige Voraussetzung um für die konkreten Umstände in Darfur, aber auch im Gesamtsudan geeignete Friedensmaßnahmen zu entwickeln. Darüber hinaus widmet sich das Dossier der Rolle der Vereinten Nationen. Bis heute hat die Völkergemeinschaft keine effektiven Maßnahmen gefunden, um das Morden in Darfur zu beenden. Es soll daher auch darüber aufgeklärt werden, welche Umstände zur bisherigen Handlungslosigkeit der Vereinten Nationen geführt haben. Erneut droht dieser wichtigen Organi-

sation, vor allem in Hinblick auf ihre Tatenlosigkeit während des Völkermordes in Ruanda, ein Versagen.

Im dritten Teil dieses Dossier sollen im Rahmen einer Road Map Handlungsperspektiven für die verschiedenen Akteure aufgezeigt werden, um die tiefer liegenden Konfliktursachen zu bearbeiten. Hierdurch sollen mittelfristig weitere Eskalationen vermieden und langfristig Friedensperspektiven eröffnet werden.¹

¹ An dieser Stelle wollen wir uns ganz herzlich bei Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Prof. Dr. Andreas Buro und unseren Kommiliton_innen aus dem Seminar für die Unterstützung und Anregungen bedanken. Des Weiteren gilt unser Dank Mohamed Majzoub Fidiel von Practical Action – Sudan und Gudrun Kramer vom Institute of Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding für ihre Hilfe sowie UNEP, Human Rights Watch und der UNO für die Bereitstellung des Bild- und Kartenmaterials.

Erster Teil:

Hintergrund des Darfur-Konfliktes

1. Der Sudan

Ansichten eines Vielvölkerstaates

Der Sudan ist flächenmäßig der größte Staat in Afrika und umfasst eine Bevölkerung von etwa 35 Millionen Einwohnern. In sozioökonomischer Hinsicht kennzeichnen enorme regionale Entwicklungsgefälle das Land. Während das ökonomische und politische Zentrum um die Hauptstadt Khartum (Nil-Region) ein relativ hohes Versorgungsniveau hinsichtlich Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und medizinischer Versorgung aufweist, leben die Menschen in den abgeschiedenen Regionen in einfachsten Verhältnissen und oftmals ohne jegliche staatliche Unterstützung zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse².

In kultureller Hinsicht ist der Sudan einzigartig. Aufgrund der enormen territorialen Ausdehnung verbindet der Sudan zwei völlig verschiedene Kulturkreise: das arabisch, muslimisch geprägte Nord-Afrika und das schwarzafrikanisch, christlich dominierte subsaharische Afrika. Seit 1956 – dem Beginn der formellen Unabhängigkeit

² Zu diesen Grundbedürfnissen zählen Überleben, Wohlbefinden, Identität und Freiheit (Galtung 2007, S. 15, 117, 186).

von Großbritannien – wird der riesige Zentralstaat ununterbrochen von einer arabisch geprägten Staatsklasse dominiert, die sich aufgrund ihres Siedlungsraumes entlang des Nils selbst als „Flussaraber“ bezeichnet. Dieses Verständnis zur politischen Führung entstand aus einem historisch gewachsenen Herrschaftsanspruch, der bis in das 14. Jahrhundert hineinreicht. Ab diesem Zeitpunkt breitete sich der Islam von der arabischen Halbinsel bis nach Nordafrika aus und etablierte sich dort als dominierende Religion. Der Süden des Sudans diente dabei Jahrhunderte lang als Reservoir arabischer Sklavenjäger und -händler. Bis heute spiegelt sich die Geschichte der Sklaverei in den Beziehungen zwischen den „Flussarabern“ und den afrikanischen Stämmen in Form eines kulturellen Rassismus bzw. eines arabischen Überlegenheitsanspruches wieder.

Im sudanesischen Staatsgebiet werden neben dem Arabischen und Englischen über 100 afrikanische Sprachen gesprochen.

Ethnologen schätzen, dass über 500 verschiedene Stämme den Sudan bevölkern. Etwa 70% der Bevölkerung sind Muslime. Trotz dieser Vielfalt von Sprachen und Kulturen, wird der Sudan von der herrschenden Klasse ausschließlich als islamisch-arabischer Staat verstanden und äußerst repressiv und stark zentralistisch regiert. Seit der Unabhängigkeit ist die Politik der verschiedenen Zentralregierungen gekennzeichnet von einer extremen ökonomischen und sozialpolitischen Vernachlässigung aller Peripherie-Gebiete, wodurch fortwährend ein Kampf um Macht, Identität und Verteilung der Reichtümer geschürt wird. Diese Politik betrifft die abgelegene Region Darfur in besonderem Maße und ist ein wesentlicher Auslöser für den Darfur-Konflikt.



Abbildung 1: Karte Sudan (Quelle UNO)

Der Nord-Süd-Konflikt im Sudan

Der Krieg in Darfur kann nicht losgelöst von den Entwicklungen in anderen Landesteilen verstanden werden. Im gesamtsudanesischen Kontext betrachtet, ist der Darfur-Konflikt auch Ausdruck einer Krise des postkolonialen Staates Sudan. Der Sudan ist in seiner heutigen Form ein Produkt kolonialer Grenzziehung. Mit dem Ende des Kolonialismus wurde die gemischt afrikanisch-arabische Bevölkerung, ohne eine Entwicklung eines größeren inneren Zusammenhalts der einzelnen Völker, völlig unvorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen. Schon unmittelbar nach Gründung des Sudans (1956), kam es in den südlicheren Regionen zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Süden des Sudans ist im Gegensatz zum vorwiegend arabisch-islamisch geprägten Norden von christlich-animistischen schwarzafrikanischen Stämmen bewohnt, die sich gegen die politische, kulturelle sowie sozioökonomische Unterdrückung der „Araber“ aus dem Norden zur Wehr setzten. Eine gewalttätige Entladung erfuhr dieser sudanesischer „Nord-Süd-Konflikt“ ab 1963, als sich im Süden Guerilla-Aktivitäten bildeten. Durch Friedensverhandlungen, die 1973 mit dem Friedensabkommen von Addis Abeba in der Gewährung von Teilautonomie für den Süden mündeten, konnte ein fragiler und temporärer Friedenszustand hergestellt werden. Als die Zentral-

regierung im Jahre 1983 die Schariah als allgemein verbindliche islamische Rechtsgrundlage im gesamten Sudan einführen wollte, brach erneut ein Bürgerkrieg aus. Angeführt wurde die Rebellion im Süden durch die SPLM/A (Sudan People's Liberation Movement/Army) unter John Garang. Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen starben schätzungsweise über zwei Millionen Menschen, vorwiegend Zivilisten. Damit gehört der innersudanesischer Nord-Süd-Konflikt zu einem der schlimmsten Bürgerkriege auf dem afrikanischen Kontinent. 2005 wurde zwischen der SPLM/A und der Zentralregierung, unter Mitwirkung der Internationalen Gemeinschaft, über ein erneutes Friedensabkommen (CPA; Comprehensive Peace Agreement) entschieden. Mittels eines Referendums wurde für das Jahr 2011 die vollständige Unabhängigkeit der Region Südsudan sowie einen hälftigen Anteil an den nationalen Öleinnahmen für die Entwicklung der Region in Aussicht gestellt. Es besteht jedoch Anlass zur Sorge, dass dieser Frieden zwischen Norden und Süden zerbricht, da beide Seiten sich bezüglich der Einhaltung und Umsetzung des Friedensabkommens zerstritten haben. Darüber hinaus könnte auch die Aussicht auf eine Unabhängigkeit des Südens entscheidende Auswirkungen auf den Ausgang des Darfur-Konfliktes haben. Gelingt dem Süden eine erfolgreiche Entwicklung, könnte dies

sezessionistischen Bestrebungen in Darfur neuen Auftrieb geben und somit den endgültigen Zerfall des Sudans bedeuten. Es ist daher ersichtlich, dass ohne Befriedung des Südens auch für die Region Darfur kaum Aussichten auf einen nachhaltigen Frieden bestehen.

Konfliktdynamiken im historischen

Kontext

Die Provinz Darfur liegt im Westen des Sudans und grenzt an Tschad und Libyen. In der ethnisch äußerst heterogenen Region leben etwa sechs Millionen Menschen, die sich aus über 80 verschiedenen Stämmen zusammensetzen. Eine eindeutige Unterscheidung der verschiedenen Ethnien aufgrund ihrer Kultur und ihres äußeren Erscheinungsbildes ist unmöglich, obgleich die Lebensweise und die ursprüngliche Herkunft der Stämme eine wichtige Rolle für die Konfliktentwicklung spielen.

Der trockene Norden Darfurs ist traditionell das Gebiet kamelzuchtender Nomaden oder Halb-Nomaden. Rinderzüchtende Nomaden durchqueren den fruchtbaren Süden. Im Westen leben sesshafte Bauern. Die meisten dieser Bauern gehören dem größten Stamm, den Fur an. Sie bezeichnen sich selbst als Schwarzafrikaner und sind auch Namensgeber für die Region Dar-Fur, was übersetzt „Land der Fur“ bedeutet. Viele der Nomaden sind dagegen

arabischer Herkunft. Ihre Vorfahren sind im 18. Jahrhundert aus dem Niltal eingewandert.³ Trotz der unterschiedlichen Herkunft unterscheiden sich die Bewohner Darfurs nicht im äußeren Erscheinungsbild und ebenso nicht in ihrer Religion, alle sind Muslime. Dennoch spielen die ethnischen Unterschiede eine gewichtige Rolle für den späteren Konfliktverlauf.

Aufgrund der unterschiedlichen Lebensweise war das Zusammenleben der Stämme stets von Wasser- und Landnutzungskonflikten geprägt. Jedoch wurden diese durch traditionelle Mechanismen gelöst, beispielsweise mittels Schlichtung durch die Stammesführer oder Hochzeiten zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Stämme. Diese Mechanismen wurden jedoch nicht mehr tragfähig, als sich der Konflikt verschärfte. Sowohl Nomaden als auch Bauern sind auf das knappe, fruchtbare Land angewiesen. Durch andauernde Trockenperioden und zunehmende Wüstenbildung verschärften sich die Konflikte. Die Folgen der Trockenheit waren verheerend. Die Nomaden waren gezwungen ihre traditionellen Wege zu verlassen und immer weiter in die Gebiete der sesshaften Bauern auszuweichen, um ihre Existenz zu sichern. Zu der Heterogenität der Ethnien kommen somit die Überlebensinteressen von Bauern und Nomaden als Konflikt-

³ Prunier 2007, S. 17-20.

elemente hinzu, die sich unvereinbar gegenüber stehen.

Die Geschichte der Region ist zudem durch ihre geografische und politische Isolation von der Hauptstadt geprägt. Aufgrund mangelnder Infrastruktur haben die Bewohner Darfurs keine Möglichkeit an den Entwicklungen in der Hauptstadt teilzuhaben, geschweige denn ihre Interessen vorzutragen und diese zu vertreten. Diese politische Isolation lässt sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen. Bis 1916 war die Region ein unabhängiges Sultanat. Als der Sudan zum britischen Protektorat wurde, verlor auch Darfur im Krieg gegen die Briten seine Unabhängigkeit. Anders als Khartum und die Nilregion, blieb die Provinz von den politischen und infrastrukturellen Entwicklungen durch die Kolonialherren ausgeschlossen. Auch nach der Unabhängigkeit des Sudans 1956 änderte sich daran nichts, obwohl den Darfuris das Ende der Marginalisierung immer wieder von Präsidentschaftskandidaten versprochen worden war. Die Politiker in Khartum zeigten kein Interesse an den Bedürfnissen der Darfuris, waren aber dennoch abhängig von ihnen, weil die Darfuris zahlenmäßig eine große Wählerschaft stellen. Die Politiker der verschiedenen Lager haben deshalb aus machstrategischen Gründen die unterschiedliche Herkunft der Darfuris

instrumentalisiert, um sich deren Wählerstimmen zu sichern.⁴

Eine solche Instrumentalisierung geschah erstmals signifikant im Wahlkampf um die sudanesischen Parlamentswahlen von 1968. Interne Machtkämpfe führten zu einer Zweiteilung der seit 1965 regierenden konservativen und islamtreuen Umma-Partei (Gemeinschafts-/Nationalpartei der Muslime) und hatten einen erbitterten Wahlkampf zur Folge. Dieser wurde aufgrund ähnlicher Wahlprogramme mit einer rassistisch-kulturellen Rhetorik aufgeladen, um in Darfur unterschiedliche Wählerkreise anzusprechen.⁵ Zwar wurden in Darfur schon seit dem 17. Jahrhundert die Begriffe „Araber“ und „Afrikaner“ benutzt, um die unterschiedliche Herkunft der Darfuris deutlich zu machen, sie wurden aber noch nie in so extremer Weise instrumentalisiert. Vermehrte ethnische Spannungen waren die Folge. In Darfur blieb die im Wahlkampf benutzte Ethnisierung auch nach der Wahl bestehen und die Zentralregierung führte ihre Politik der Vernachlässigung Darfurs fort.

Bereits nach einem Jahr Amtszeit wurde die neu gewählte Zivilregierung 1969 durch einen Putsch gestürzt. Es folgte eine 16 Jahre währende Periode der Militärdiktatur, die an den bestehenden Verhältnissen in Darfur nichts veränderte. Während der

⁴ Prunier 2007, S. 53-58.

⁵ Prunier 2007, S. 58-60.

Diktatur verschärften sich die Spannungen zwischen Nomaden und Bauern zunehmend durch den inzwischen weit verbreiteten Rassismus. „Arabische“ Nomaden und „schwarzafrikanische“ Bauern wurden zu „Feinden“. 1984 kam es infolge einer großen Dürre zur Eskalation. Um sich beispielsweise vor den durch ihren Weidegrund ziehenden Herden zu schützen, errichteten die sesshaften Bauern Zäune. Diese unterbrachen Jahrzehntlang genutzte Routen der Nomaden. In der Folge kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und Bauern.

Die Hungersnot und die ethnischen Spannungen in Darfur wurden von der Zentralregierung ignoriert. Ein militärisch unterstützter Bürgeraufstand in Khartum beendete die Diktatur und es wurden Neuwahlen ausgerufen. Wie auch schon im Wahlkampf 1968 rückte Darfur in den Fokus der zur Wahl stehenden Kandidaten.

Einer der Kandidaten, Sadiq al-Mahdi, wendete sich an den libyschen Präsident Muammar Gaddafi, um finanzielle Unterstützung für seinen Wahlkampf zu erhalten und stellte im Gegenzug Darfur als Rückzugsgebiet für die Truppen Gaddafis im Kampf gegen das damalige schwarzafrikanisch-christliche Regime des Tschads zur Verfügung. Gaddafis feindliche Gesinnung gegenüber dem Tschad war wesentlich von Rassismus und

expansionistischen Plänen für ein arabisches Großreich geprägt. Der Deal funktionierte: Al-Mahdi wurde im August 1986 Präsident des Sudans. Gaddafi bewaffnete daraufhin systematisch „arabisierte“ Darfuris und nutzte die rassistisch-kulturelle Rhetorik von „Arabern“ und „Afrikanern“ für seine politischen Pläne. Der Einfluss Gaddafis verhärtete die Zweiteilung der Bevölkerung. Es kam vermehrt zu gewalttätigen Kämpfen.

Der Tschad blieb nicht untätig: Das Regime reagierte damit, dass es „afrikanische“ Stämme bewaffnete, um ein Gegengewicht gegen die bewaffneten „Araber“ herzustellen. So wurde in Darfur ein Stellvertreterkrieg zwischen Tschad und Libyen ausgetragen, der die ethnischen Spannungen weiter verschärfte. Darfur war von diesem Zeitpunkt an nicht nur Schauplatz für die innergesellschaftlichen Konflikte, sondern auch für den zwischenstaatlichen Krieg zwischen Tschad und Libyen. Die sudanesishe Zentralregierung unternahm ihrerseits nichts, um das Stammesgefüge wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Während die Kämpfe in Darfur anhielten, putschte sich 1989 in Khartum der Militär-offizier Umar al-Bashir an die Macht. Seine neue Regierung setzte die Vernachlässigung Darfurs weiter fort. Im Frühjahr 2003 kam es zur offenen Rebellion von Befrei-

ungskämpfergruppen aus Darfur gegen die sudanesishe Regierung.⁶

Überblick über die Ereignisse ab 2003

Im bewaffneten Kampf gegen die soziale, politische und ökonomische Marginalisierung der Region Darfur haben sich zwei Befreiungsorganisationen formiert, die im Wesentlichen an den militärischen Auseinandersetzungen mit der Zentralregierung beteiligt sind. Die deutlich größere, das Sudanese Liberation Movement/Army (Sudanesishe Befreiungsbewegung/ Befreiungsarmee; SLM/A), hatte sich Anfang 2003 aus verschiedenen Aufstandsbewegungen formiert, die schon seit den 1980er Jahren gegen die Zentralregierung in Khartum gekämpft hatten. Die zweite sich im Aufstand gegen die Zentralregierung befindende Befreiungsgruppe ist die „Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“ (JEM; Justice and Equality Movement).

Im April 2003 kam es zu einer gewaltsamen Konfliktentladung durch die SLM/A. Sie griff einen Flughafen nahe der Provinzhauptstadt Al-Fashir in Nord-Darfur an, wobei Soldaten des sudanesischen Militärs getötet wurden. Der Zeitpunkt des Anschlages war bewusst gewählt worden, um die internationale Aufmerksamkeit von den Friedensverhandlungen im Südsudan

auch auf die Probleme in Darfur zu lenken.⁷

Die Internationale Gemeinschaft⁸ hatte jedoch andere Prioritäten. Sie konzentrierte sich darauf, die Friedensverhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A nicht scheitern zu lassen, und verkannte zu diesem Zeitpunkt, wie eng ein angestrebter Frieden im Südsudan mit dem immer gewalttätiger werdenden Konflikt in Darfur zusammen hing. Auch die internationalen Medien waren mit der Berichterstattung über andere Konflikte beschäftigt, insbesondere mit dem im März 2003 begonnenen Irakkrieg. So konnte die sudanesishe Regierung abseits der Weltöffentlichkeit militärische Gegenschläge gegen die „afrikanischen Aufständischen“ ausführen.

Diese Angriffe dauern bis heute an. Zu ihnen gehören Bombenabwürfe auf Dörfer in Darfur aus Armeeflugzeugen und anschließende Überfälle durch von der Regierung bewaffnete Söldnermilizen, den sogenannten Janjaweed. Letztere plündern die Vorräte und Viehherden, foltern und ermorden die Männer und Jungen, vergewaltigen Frauen und Mädchen, zerstören die Brunnen und brennen die Dörfer nieder. Die Überlebenden haben keine andere Möglichkeit, als von ihrem Land zu flüch-

⁶ Prunier 2007, S. 81-93.

⁷ Strube-Edelmann 2006, S. 13-14.

⁸ Als Internationale Gemeinschaft bezeichnen wir hier und im Folgenden die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und die Europäische Union.

ten.⁹ So kam es, dass mittlerweile zwei Millionen Menschen als Binnenvertriebene innerhalb des Sudans auf der Flucht sind und weitere 200.000 über die Grenze in den Tschad flohen. Neben den Flüchtlingen gehen Schätzungen von etwa 300.000 getöteten Menschen¹⁰ und von über 2.000 zerstörten Dörfern¹¹ aus.



Abbildung 2: Frauen in einem Camp für Binnenvertriebene in Darfur (Quelle: © UNEP 2007, Sudan Environmental Database)

Erst im Januar 2004 wurden die ersten Fernsbilder von den Zerstörungen in Darfur gesendet. Die Ignoranz wich einem öffentlichen Entsetzen.¹² Unter dem öffentlichen Druck stieg auch die Aufmerksamkeit der Vereinten Nationen (UN), der Afrikanischen Union (AU) sowie der Europäischen Union (EU). Erst dann begannen Bemühungen zur friedlichen Beilegung des Konfliktes. Es wurden beispielsweise di-

verse Waffenstillstandsabkommen zwischen der sudanesischen Regierung und den Darfur-Befreiungsbewegungen geschlossen, größtenteils unter Vermittlung der AU. Um die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu überwachen, wurden im April 2004 Peacekeeping-Truppen der AU (AMIS; African Union Mission in Sudan) in Darfur stationiert.¹³ Kaum in Kraft, wurden die Waffenstillstandsvereinbarungen von beiden Seiten gebrochen und die Angriffe sowie die Vertreibungen fortgesetzt. Auch die humanitäre Lage verschlechterte sich, da internationale Hilfsorganisationen von der sudanesischen Regierung daran gehindert wurden, nach Darfur zu reisen. Darüber hinaus kam es zu Überfällen auf Mitarbeiter der INROs¹⁴ durch Befreiungskämpfer. Als Darfur im Chaos zu versinken drohte, gelang es Vermittlern der AU dann doch, die sudanesische Regierung und die Befreiungsbewegungen zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Aus diesen Verhandlungen resultierte das Darfur Peace Agreement¹⁵ (DPA), welches am 5. Mai 2006 in Abuja/Nigeria „unterzeichnet“ wurde. Inhalt dieses Abkommens sind unter anderem Sicherheitsaspekte, wie beispielsweise die Implementierung von demilitarisierten Zonen rund um Binnenflüchtlingscamps, ein erneutes Waffenstill-

⁹ Paschke 2005, S. 54-55, 57, 63-64.

¹⁰ Spiegel Online 22.04.2008.

¹¹ Humanitarian Information Unit, U.S. Department of State 2007.

¹² Paschke 2005, S. 57-58.

¹³ UN, Sicherheitsrat 2004a, Resolutionen 1556;

UN, Sicherheitsrat 2004b, Resolution 1564.

¹⁴ Internationale Nichtregierungsorganisationen.

¹⁵ Government of Sudan / SLM/A 2006.

standsabkommen, die Regelung der zukünftigen Macht- und Ressourcenverteilung und ein angestrebter Dialog- und Versöhnungsprozess.

Die Hoffnung auf einen Frieden wurde jedoch wieder enttäuscht. Das DPA wies große Schwächen auf. Im Verlauf der Verhandlungen kam es innerhalb der Befreiungsbewegungen zu Zersplitterungen in einzelne Fraktionen. Sowohl die Schwächen wie die Zersplitterung führte dazu, dass das DPA nur einseitig von der SLM/A-Gruppe – unter Führung von Minni Minnawi – unterzeichnet wurde. Die anderen Fraktionen schlossen sich nicht an, da ihrer Auffassung nach unter anderem zu viele Vereinbarungen zu Gunsten der Regierung ausgefallen und zu großer Druck seitens der Internationalen Gemeinschaft auf sie ausgeübt worden wäre.¹⁶ Weitere offensichtliche Schwächen waren, dass tiefer liegende Konfliktursachen, wie die Armut in Darfur, nicht thematisiert wurden. Aus Angst, vor allem von Seiten der Vereinten Nationen und der USA, der Friedensprozess im Südsudan könnte gefährdet werden, verschoben AU-Mediatoren wichtige politische Entscheidungen für Darfur in die Zukunft. Die betroffene Bevölkerung selbst kam nicht zu Wort. Viele Bürger empfanden die Vereinbarungen daher als aufgedrängt. Die Folge

war, dass nach kürzester Zeit auch dieser Vertrag von allen Seiten gebrochen wurde.¹⁷ Auch die AMIS-Truppen, mit insgesamt nicht einmal 8.000 Soldaten und Polizisten, brachten keinerlei Sicherheit und Stabilität. Die Gewalt in Darfur dauerte an. 2006 beschlossen deshalb die Vereinten Nationen die AMIS-Mission mit UN-Blauhelmsoldaten aufzustocken.¹⁸ Die sudanesishe Regierung lehnte einen solchen Vorgang mit Verweis auf die Souveränität der Staaten ab. Sie stellte den Darfur-Konflikt als ein rein innerafrikanisches Problem dar, welches nur durch die AU gelöst werden sollte und drohte, mit Gewalt gegen UN-Blauhelmsoldaten vorzugehen. Erst Diplomatie und Druck der Vereinten Nationen führten dazu, dass mit Zustimmung der sudanesischen Regierung im Juli 2007 eine neue, gemeinsame Mission von den UN und der AU beschlossen wurde.¹⁹ Diese Hybridmission unter der Bezeichnung UNAMID (African Union/United Nations Hybrid operation in Darfur) befindet sich seit Anfang 2008 im Aufbau.²⁰

¹⁷ Öhm 2006.

¹⁸ UN, Sicherheitsrat 2006, Resolution 1706.

¹⁹ UN, Sicherheitsrat 2007a, Resolution 1769.

²⁰ Bereitgestellt werden SoldatInnen und PolizistInnen von: Ägypten, Äthiopien, Bangladesch, Bolivien, Botswana, Burkina Faso, Burundi, China, Deutschland, DR Kongo, Fidschi, Finnland, France, Gabun, Gambia, Ghana, Guatemala, Indonesien, Jamaika, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kanada, Kenia, Lesotho, Libyen, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Mali, Mauretanien, Mosambik, Namibia, Nepal, Niederlande, Niger, Nigeria, Norwegen, Pakistan, Philippinen, Ruanda, Sambia, Samoa,

¹⁶ Amnesty International 2006, S. 12, 14-15.

UNAMID wird die bisher größte und umfangreichste Friedensmission in der Geschichte der UN sein. Zum ersten Mal erfolgt eine Zusammenarbeit von AU und UN. Ihr Erfolg hängt vor allem von der Mitarbeit und dem Wohlwollen der sudanesischen Regierung ab, da diese beispielsweise jederzeit ihre Zustimmung zurückziehen und dadurch die Hybridmission scheitern lassen könnte. Parallel zu UNAMID wurde im September 2007 vom UN-Sicherheitsrat eine militärische Operation zum Schutz der Flüchtlinge aus Darfur im Osten des Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik beschlossen (MINURCAT; United Nations Mission in the Central African Republic and Chad).²¹ Diese Mission wird seit Mitte 2008 von den EUFOR-Truppen der EU (European Union Force) durchgeführt und ist auf eine Übergangsperiode von vorerst einem Jahr ausgelegt.²² Gleichzeitig hat der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bekräftigt, dass es für Darfur nur eine politische Lösung geben kann, wenn ein langanhaltender und stabiler Frieden innerhalb der Bevölkerung Darfurs sowie zwischen den Befreiungsbewegungen und der Regierung geschaffen werden soll.²³ Auf Betreiben der Darfur-Sondergesandten der UN

und der AU, wurde im Juni 2007 ein Plan (Road Map) entwickelt, um die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Diesmal sollte auch der Bevölkerung Darfurs und den bisher im DPA nicht vertretenen Fraktionen die Möglichkeit gegeben werden, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.²⁴ Auf dieser Grundlage wurde im Oktober 2007 die erste Runde der wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen zwischen den verschiedenen Befreiungsgruppen und der sudanesischen Regierung mit Hilfe eines AU/UN-Mediatorenteams im libyschen Sitre abgehalten. Doch schon im Vorfeld hatten einzelne Fraktionen der SLM/A und JEM die Teilnahme an der Friedenskonferenz abgelehnt.²⁵ Sie kritisierten unter anderem eine mangelhafte politische Agenda seitens der AU und UN bezüglich eines nachhaltigen Friedensprozesses sowie die fortdauernde Unsicherheit für die Zivilbevölkerung in Darfur. Solange nicht durch einen glaubwürdigen Waffenstillstand von Seiten der sudanesischen Regierung ein angemessenes Maß an Sicherheit gegeben sei, würden die beiden Befreiungsgruppen keine weiteren Gespräche aufnehmen.²⁶ Der Fortgang der Friedensverhandlungen ist daher ungewiss.

Schweden, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Türkei, Uganda, USA und dem Vereinigten Königreich.

²¹ UN, Sicherheitsrat 2007b, Resolution 1778.

²² Tull 2008, S.1.

²³ Ki-moon 15.09.2007.

²⁴ AU / UN 2007.

²⁵ Saoub 28.10.2007.

²⁶ Sudan Tribune 24.10.2007; Sudan Tribune 20.01.2008.

Die sudanesische Regierung, die sich in der von Darfur aus weit entfernten Hauptstadt bisher sicher fühlte, steht zunehmend unter Handlungsdruck. Anfang Mai 2008 schafften es Kämpfer der JEM für wenige Tage bis in die an Khartum angrenzende Stadt Omdurman gewaltsam vorzudringen. Ziel des direkten Angriffs war es, Macht und Stärke für einen möglichen Regierungssturz zu demonstrieren. Die sudanesische Regierung brach darauf hin die diplomatischen Beziehungen zum Tschad ab, da sie der tschadischen Regierung unterstellt, die Kämpfer der JEM zu unterstützen.²⁷

Auch auf internationaler Ebene hat sich der Druck auf Al-Bashir verstärkt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Internationalen Strafgerichtshofs hat sein Chefankläger Moreno Ocampo am 14. Juli 2008 Haftbefehl gegen einen amtierenden Staatspräsidenten beantragt. Omar al-Bashir wird beschuldigt, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen die Bevölkerung in Darfur begangen zu haben. Ob die Anklageschrift von der Vorverfahrenskammer des IStGH akzeptiert wird, muss noch entschieden werden.²⁸

²⁷ FAZ.NET 12.05.2008.

²⁸ Darnstadt 14.07.2008.

Zeittafel

14. bis 18. Jahrhundert – Wanderbewegungen arabischer Nomaden durch Darfur und Durchmischung der Ethnien.

1916 – Das bisher unabhängige Sultanat Darfur wird zusammen mit dem Sudan zur britischen Kolonie.

1956 – Unabhängigkeit des Sudans von Großbritannien. Darfur wird Teil des sudanesischen Staates.

1958 – Erste demokratische Wahlen im Sudan.

1963 – Erste gewaltsame Auseinandersetzungen im Nord-Süd-Konflikt.

seit **1965** – Die konservative und islamtreue Umma-Partei (Gemeinschafts-/ Nationalpartei der Muslime) stellt die Regierung.

1968 – Im Wahlkampf (sudanesisches Parlament) wird verstärkt eine rassistische Rhetorik in Darfur verwendet.

1969 – Dschafar Muhammad al-Numeri wird durch einen Militärputsch Präsident.

1973 – Das Friedensabkommen von Addis Abeba gewährt dem Südsudan Teilautonomie.

1975 – Libyens Präsident Gaddafi greift den Sudan an, um einen Zusammenschluss beider Länder zu erreichen und seine Pläne eines Großarabischen Reiches umzusetzen.

1983 – Die sudanesische Zentralregierung führt das islamische Rechtssystem Scharia ein, worauf ein erneuter Bürgerkrieg im Südsudan folgt.

1984/85 – Eine große Dürre mit folgender Hungersnot verschärft vorhandene Konflikte. Volksunruhen in Khartum leiten das Ende der Militärdiktatur al-Numeris ein.

1986 – Bei Neuwahlen wird Sadiq al-Mahdi zum sudanesischen Präsident gewählt. Als Finanzier des Wahlkampfes erhält Gaddafi die Kontrolle über Darfur, von wo aus er den Tschad bekämpft und „arabische“ Darfuris aufrüstet. Im Gegenzug rüstet der Tschad „afrikanische“ Darfuris auf. Dies führt zu einem Stellvertreterkrieg und einer hohen Waffendichte in Darfur.

1989 – Der Militäroffizier Umar Hasan Ahmad al-Bashir gelangt durch einen Putsch an die Macht und ist bis heute Präsident des Sudans.

1993 – Die USA stufen den Sudan als Förderer des Terrorismus ein, da die sudanesische Zentralregierung Osama bin Laden Unterschlupf gewährt.

1994 – Eine Neugliederung der territorialen Verwaltungsgrenzen des Sudans schränkt die politische Mitbestimmung Darfurs weiter ein.

Die EU beschließt ein Waffenembargo.

1997 – Die USA erlassen ein umfassendes Wirtschaftsembargo gegenüber dem Sudan.

2000 – Die Befreiungsbewegung JEM veröffentlicht das Black-Book.

18. April **2003** – Der Flughafen nahe der Provinzhauptstadt Al-Fashir in Nord-Darfur wird von Befreiungskämpfern aus Darfur angegriffen. Dies markiert den offiziellen Beginn des Darfur-Konfliktes.

September 2003 – Die AU vermittelt ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Befreiungskämpfern und Zentralregierung, dies wird jedoch von beiden Seiten nach 45 Tagen gebrochen.

Januar **2004** – Erste Fernsehbilder der Zerstörung Darfurs werden auf CNN gesendet.

April 2004 – Peacekeeping-Truppen (AMIS) der AU werden in Darfur stationiert.

22. Juli 2004 – Erstmals werden die Ereignisse in Darfur durch den US-Kongress als Genozid bezeichnet.

Oktober 2004 – Eine Beobachterkommission der UN nimmt ihre Arbeit auf.

9. November 2004 – Die AU vermittelt ein weiteres Waffenstillstandsabkommen.

2005 – Das Friedensabkommen (CPA) zwischen der südsudanesischen Befreiungsbewegung (SPLM/A) und der Zentralregierung wird auf den Weg gebracht.

Januar 2005 – Die UN-Untersuchungskommission wirft der sudanesischen Zentralregierung und den Janjaweed „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor. Auch den Befreiungskämpfern werden Kriegsverbrechen angelastet.

Juni 2005 – In Abuja/Nigeria wird eine Prinzipienklärung als Grundlage eines Friedensabkommens unterschrieben. Der Internationale Strafgerichtshof beginnt mit der Untersuchung der Geschehnisse in Darfur ab dem 1. Juli 2002.

2006 – Durch interne Machtkämpfe im Vorfeld und während der Friedensverhandlungen zersplittern die Befreiungskämpfer entlang ethnischer Linien in mehrere Fraktionen.

April 2006 – Tschadische Befreiungskämpfer versuchen von Darfur aus die tschadische Regierung zu stürzen, worauf die Beziehungen zwischen Tschad und Sudan zum Erliegen kommen.

5. Mai 2006 – Das Darfur Peace Agreement (DPA) wird in Abuja/Nigeria von der Zentralregierung und einer Fraktion der Befreiungskämpfer (Kommandeur Mini Minnawi) unterzeichnet.

August 2006 – Kommandeur Mini Minnawi wird persönlicher Berater von Präsident al-Bashir.

November 2006 – Eine gemeinsame Hybridmission von UN und AU wird mit Zustimmung der Zentralregierung beschlossen.

Juni 2007 – Die Darfur-Sondergesandten der UN und der AU entwickeln eine Road Map.

Anfang **2008** – UNAMID befindet sich im Aufbau.

Februar 2008 – Tschadische Befreiungskämpfer greifen die Hauptstadt N'Djamena an, um den Präsidenten Idriss Déby zu stürzen; die tschadische Regierungsmiliz verhindert dies mithilfe französischer Truppen und Kontingente der Befreiungskämpfer aus Darfur.

Mai 2008 – JEM greift die Stadt Omdurman an.

14. Juli 2008 – Am IStGH wird Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten beantragt.

2011 – In einem Referendum soll über die Unabhängigkeit des Südsudans entschieden werden.